

An den
Direktor der Landwirtschaftskammer

Anlage 1 7861

als Landesbeauftragter
über den Geschäftsführer der Kreisstelle

.....

als Landesbeauftragter im Kreise

Betreff: Zuwendungen für Landwirte in der beruflichen Umschulung; hier: Umstellungshilfe

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

- 1.1 Ich beantrage eine Umstellungshilfe für Landwirte in der beruflichen Umschulung.

1.1.1 Ich nehme seit/ab bis voraussichtlich
bei.....
.....
(Anschrift des Arbeitgebers bzw. der Umschulungsinstitution)

an einer vom Arbeitsamt in anerkannten beruflichen Bildungsmaßnahme teil mit dem angestrebten Berufsabschluß als

1.1.2 Anzahl der nach § 32 Abs. 1, 4 und 5 Einkommensteuergesetz zu berücksichtigenden **Kinder**:
(dazu gehören z.B. Kinder bis zum 16. Lebensjahr; Kinder in der Ausbildung bis zum 27. Lebensjahr; alle Kinder, die wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten).

12 Für die Sachkosten werde ich einen gesonderten Antrag stellen.*)) **D**
ja nein

13 Ich bin landwirtschaftliche Unternehmerin oder Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 2 oder 3 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (**ALG**) **)
Ich habe den Betrieb vom bis im Haupterwerb **geführt**.

14 Ich bin außerhalb eines **rentenversicherungspflichtigen** Beschäftigungsverhältnisses hauptberuflich im **Unternehmen** tätig **D**
Ich habe eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung in einem **Agrarberuf**

2 Erklärungen des Antragstellers zu den Einkünften.

2.1 Ich werde zur Einkommensteuer veranlagt **D**
 D
 D

* Meine positiven Einkünfte und negativen Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten betrugen in den letzten 3 Jahren: (Falls aktuelle Steuerbescheide fehlen, gelten die letzten 3 vorliegenden Steuerbescheide.)

*** Ablehnungsbescheid** des Arbeitsamtes bitte beifügen bzw. unverzüglich nachreichen.

••) Zutreffendes bitte ankreuzen.

7861 2.1.1 Antragsteller

	19..... positiv/negativ DM	19..... positiv/negativ DM	19..... positiv/negativ DM
--	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

aus Land- und Forstwirtschaft
aus Gewerbebetrieb
aus selbständiger Arbeit
aus nichtselbständiger Arbeit
aus Kapitalvermögen
aus Vermietung und Verpachtung
sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG

2.12 Ehegatte

	19..... positiv/negativ DM	19..... positiv/negativ DM	19..... positiv/negativ DM
--	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

aus Land- und Forstwirtschaft
aus Gewerbebetrieb
aus selbständiger Arbeit
aus nichtselbständiger Arbeit
aus Kapitalvermögen
aus Vermietung und Verpachtung
sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG

22 Ich werde nicht zur Einkommensteuer veranlagt und erkläre, daß meine Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten wie folgt betragen:

	19..... DM	19..... DM	19..... DM
--	---------------	---------------	---------------

.....
.....
.....
.....

(Negative Einkünfte sind mit einem Minuszeichen [-] zu kennzeichnen.)

3 Erklärungen des Antragstellers

3.1 Ich erkläre, daß

- 3.1.1 in den letzten drei Jahren mein Einkommen aus landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, touristischen und handwerklichen Tätigkeiten bzw. öffentlich geförderten Leistungen für die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes auf meinem Betrieb mindestens 50 v.H. des Gesamteinkommens ausmachte und die für die Tätigkeit außerhalb des Betriebes aufgewendete Arbeitszeit weniger als die Hälfte der Gesamtarbeitszeit umfaßte, der unmittelbar aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit auf dem Betrieb resultierende Anteil am Gesamteinkommen jedoch mindestens 25 v.H. betrug,
- 3.1.2 mir im Zusammenhang mit der Umschulungsmaßnahme keine unterhaltssichernde Leistungen nach anderen gesetzlichen Vorschriften gewährt werden,
- 3.1.3 ich entsprechend dem Umstellungsplan die betriebliche Umstellung während der beruflichen Bildungsmaßnahme durchführen werde,
- 3.1.4 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich der dazu eingereichten Anlage) vollständig und richtig sind und ich auf Verlangen der zuständigen Behörde bereit bin, weitere Unterlagen vorzulegen,

- 3.1.5 mir die strafrechtlichen Folgen einer Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und die Subventions-**erheblichkeit** der zugrunde liegenden Tatsachen bekannt sind und ich davon Kenntnis genommen habe, daß alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Ausgleichsleistung abhängig ist, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (**Landessubventionsgesetz**) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 74) sind,
- 3.1.6 mir bekannt ist, daß der Landesrechnungshof, der Bundesrechnungshof, das Arbeitsamt und die zuständige Bewilligungsbehörde das Recht haben, die Voraussetzungen für die **Gewährung** der Umstellungshilfe durch Besichtigung an Ort und Stelle unter Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Ich verpflichte mich, die dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Ich räume der Bewilligungsbehörde und den von ihr beauftragten Stellen bzw. Personen sowie den Kontroll- und Rechnungsprüfungsorganen, ihren Beauftragten zum Zwecke der Prüfung ein **Betretungs-** und Verweilrecht auf den Grundstücken sowie in den **Geschäfts-** und Betriebsräumen ein;
- 3.1.7 ich damit einverstanden bin, daß die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes zur Entscheidung über diesen Antrag beziehen kann;
- 3.1.8 die Angaben im und zum Antrag an die zuständigen Organe des Landes und des Bundes übermittelt werden können;
- 3.1.9 die Angaben zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß ich zur Verweigerung meiner Einwilligung berechtigt bin und eine Ablehnung meines Antrages in Betracht kommt, wenn deswegen der Antrag nicht hinreichend beurteilt werden kann.

4 Verpflichtungen des Antragstellers

- 4.1 Ich verpflichte mich,
- 4.1.1 nach Abschluß der beruflichen Bildungsmaßnahme für die Dauer von mindestens 4 Jahren im außerlandwirtschaftlichen Bereich eine die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung begründende Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit aufzunehmen,
- 4.1.2 der Bewilligungsbehörde umgehend schriftlich anzuzeigen, wenn sich an der beruflichen Bildungsmaßnahme (Nr. 1.1.1 dieses Antrages) etwas ändert, sie beendet ist oder sich die Anzahl der zu berücksichtigenden Kinder (Nr. 1.1.2 des Antrages) ändert.

5 Anlagen

1. Bescheinigung des Arbeitsamtes über Beratung und Eignung des Antragstellers (Beiblatt zur Anlage 1)
2. Umstellungsplan
3. Bescheinigung der landwirtschaftlichen Alterskasse über Mitgliedschaft des Antragstellers
4. Nachweis über Teilnahme an der vom Arbeitsamt anerkannten beruflichen Bildungsmaßnahme
5. Geburtsurkunde, Ausbildungsbescheinigung, ggf. ärztliche Bescheinigung über die unter Nr. 1.1.2 des Antrages angegebenen Kinder
6. Gegebenenfalls Ablehnungsbescheid des Arbeitsamtes zur Sachkostenerstattung
7. Folgende weitere Unterlagen sind beigefügt:

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Prüfvermerk

Die Angaben des Antragstellers wurden überprüft, die Steuerbescheide wurden eingesehen, entgegenstehende Tatsachen wurden nicht bekannt. Der Antragsteller ist nach den Vorschriften antragsberechtigt.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Geschäftsführers der Kreisstelle
der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter im Kreise
der/des von ihm beauftragten Bediensteten)

7861**Beiblatt zur Anlage 1**

Ort, Datum

Bescheinigung

(Gemäß Nr. 4.1'4 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen
in Form von •Umstellungshilfen für Landwirte in der beruflichen Umschulung)

Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr/Frau
am vom zuständigen Arbeitsamt in
..... beraten worden ist.

Die persönliche Eignung des Antragstellers/der Antragstellerin sowie die arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit des
angestrebten Berufes als wurden festgestellt.

Als Berufsbildungsmaßnahme (Umschulung) zur Erreichung des staatlich anerkannten Abschlusses für den vorgenann-
ten Beruf wurde vorgeschlagen

.....
(Stempel und Unterschrift des **zuständigen** Arbeitsamtes)